

Was heißt es, den Euro als Geld zu haben? Überlegungen in Marxscher Tradition und in Anschluss an die Lektüre von Stephan Krügers Politischer Ökonomie des Geldes

In den Debatten um die Zukunft der Euro-Zone wird aus allen Richtungen der Eindruck erweckt, als ob der Euro einfach nur ein technisches Mittel ist, dem man beliebig schaffen und abschaffen kann. David Graeber drückt dies mit großer Offenheit aus, wenn er schreibt: „Geld hat keine Essenz. Eigentlich ist es nichts, und daher ist seine Natur seit jeher politisch umstritten...“ (Graeber, 2012, p. 391) Die Reduktion des Geldes auf ein politisches Instrument ist freilich bequem. Man kann dem jeweiligen politischen Gegner vorwerfen, nicht den politischen Willen zu haben dies und jenes zu tun und behaupten, man könne das politisch besser. Man kann früher für den Euro gewesen sein, weil man hoffte, dass er politisch richtig flankiert werden würde – und heute dagegen, weil das nicht passiert sei. Es scheint keine Notwendigkeit weitergehender Beweise für die jeweilige Position zu bestehen. Einer der Begründer der AfD, Bernd Lucke, und andere EURO-KritikerInnen aus diesem Spektrum sind da bedeutend vorsichtiger – sie treten keinesfalls für die Abschaffung des EURO ein, sondern für die Etablierung von Parallelwährungen. (vgl. BVMW, 2012)

Der Sachverhalt, dass es Geld, Banken, Kredit, Staatsverschuldung etc. schon vor dem Kapitalismus gab, verführt offensichtlich dazu, diese Phänomene als Konstanten, als in erster Linie politische Instrumente zu verstehen. Das wirft die Frage nach der Rolle des Staates nicht nur bezüglich des Geldes, sondern generell in der Wirtschaft auf. Wenn aber das Geld einen so großen Einfluss auf den gesamte Reproduktionsprozess der Gesellschaft hat, wie von allen AutorInnen mit welchem Hintergrund auch immer akzeptiert wird, wie ist dann seine Stellung und seine Dynamik in diesem Zusammenhang selbst zu verstehen, jenseits bzw. neben den mit ihm verbundenen politischen Interventionen? Wenn es wirtschaftliche Interessen bestimmen kann, muss es etwas mit dem Gesamtprozess zu tun haben, nicht einfach von außen in den Reproduktionsprozess hineingetragen werden. Es muss eben doch eine „Essenz“ haben, eine, die es ihm ermöglicht, mit anderen Waren gleichgesetzt zu werden. Ein politischer Akt allein wird das nicht ermöglichen. Wenn die Bewegung des Geldes wirtschaftlichen Erfordernissen nicht entspricht, wird seine Bewegung entsprechend diesen Erfordernissen über kurz oder lang verändert – jenseits politischer Intentionen. Wenn die Politik dem nicht folgt, führt dies in ökonomische und soziale Instabilität, sind schließlich politische Krisen die notwendige Folge. Dafür liefert insbesondere die Phase des Übergangs vom Kriegskommunismus zur NÖP in Sowjetrußland eine anschauliche Illustration: Das politische Wollen der „Abschaffung“ des Geldes und der Einführung des direkten Austauschs von Produkten (durch den Kriegskommunismus notwendig geworden und legitimiert) kollidierte mit dem Ende des Krieges mit den ökonomischen Realitäten. Nach intensiven dreijährigen Diskussionen wurde dann, entgegen allen Voraussagen, doch Geld, Kredit usw. wieder „eingeführt“, d.h. ihnen wurde im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess die ihnen zukommende Rolle eingeräumt. (vgl. dazu aus jüngster Zeit: Goland, 2006) Die Auseinandersetzungen um die Rolle des Geldes und insbesondere um das Verhältnis von Ökonomie, Sozialem und Politik in Bezug auf das Geld und die damit entstehenden Widersprüche zogen sich bis zum Ende des Realsozialismus hin. (vgl. z.B. Schließer & Zufelde, 1985). Nachdem bereits in den neunziger Jahren angesichts der verschiedenen Finanzkrisen Warnungen vor einer Eskalation laut wurden, haben die Krisen seit 2007 diese Diskussionen mit

Bezug auf die Stabilität des kapitalistischen Systems rasant belebt und die traditionelle Volkswirtschaftslehre in eine Krise geführt. Richard Duncan bezeichnet die heutige Gesellschaft nicht mehr als Kapitalismus, sondern als "Kreditismus", dessen Entstehen er mit dem Zusammenbruch des Goldstandards in Verbindung bringt. Er hebt dabei die veränderte Rolle des Staates hervor. Diese neue Rolle des Staates bringt er mit dem hohen und tendenziell wachsenden Anteil der Staatsausgaben am BIP in Verbindung, den daraus gezahlten Subventionen und Transferleistungen. Diese neue Rolle des Staates sieht er begleitet von der Geldschöpfung und der Beeinflussung dessen Wertes durch die Zentralbank und einer völlig neuartigen Wachstumsdynamik. Die Marktkräfte würden durch das Regierungshandeln gelenkt. (Duncan, 2013, p. 69; 72)

Folgt man einer solchen umfassenden Sichtweise des Problems, muss man zur Bewertung des Stellenwertes von Geld, Geldpolitik, Währungspolitik und Zentralbankpolitik heute auch das Ganze der Reproduktion in den Blick nehmen.

Dabei sieht man sich mit zwei Fragen konfrontiert – mit der, ob das Geld heute etwas anderes ist als vor tausend, einhundert oder zwanzig Jahren und damit, welche Funktionen das Geld generell ausführen muss, um als Geld wirksam sein zu können. Stephan Krüger hat mit seiner *Politischen Ökonomie des Geldes* einen weitgehend erfolgreichen Versuch unternommen, diese und weitere Fragen zur Geldtheorie und zur wirtschaftspolitischen Debatte schlüssig zu beantworten. (Krüger, 2012) Er stützt sich dabei auf Marx und rekapituliert überzeugend dessen Auffassungen zum Geld und seiner Genesis. Er führt diese Analysen dann bis in die Gegenwart fort. Dabei lenkt er den Schwerpunkt seiner Betrachtungen zu den letzten Jahren vor allem auf die Politik der EZB. Für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Euro und der EU wird so reiches Material geliefert. Das führt zwangsläufig dazu, dass strittige Fragen noch deutlicher sichtbar werden.

- Wenn der Charakter des Geldes zum gegebenen Zeitpunkt nur aus der Gesamtheit des Reproduktionsprozesses abgeleitet werden kann, hängt der Charakter des EURO von der Bewertung der EU als Wirtschaftsraum ab. Handelt es sich hier um eine Quasi-Volkswirtschaft oder nicht? Krüger verneint das und behauptet, dass wir es nachwievorn mit einzelnen Volkswirtschaften zu tun haben und der EURO „faktisch eine Fremdwährung“ wie früher das Gold sei. (Krüger, 2012, pp. 485-486) Er verweist dabei auf seine Auffassung aus Band 1 seines Werkes. (Krüger, 2010) Zentral für unsere weiteren Betrachtungen ist seine Charakteristik des EURO-Raumes als hybride Struktur. Welche Widersprüche, Dynamiken und Tendenzen ergeben sich daraus?
- Die offene Frage der Geldware bzw. überhaupt des Warencharakters des Geldes, ein alter Streit, der zum einen die innere Konsistenz des marxischen theoretischen Ansatzes insgesamt berührt (insbesondere die Stellung der Arbeitswerttheorie und damit auch der Mehrwerttheorie), zum anderen aber auch ganz unterschiedliche Konsequenzen für die Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Intervention nach sich zieht. Krüger besteht auf der Position, die Marx auch im Band 3 des „Kapital“ bezieht – das heutige Geld habe immer noch seine Grundlage im Gold.
- Wie realisiert der EURO die Geldfunktionen? Die Rückbindung des Repräsentativgeldes an die Geldware Gold generell erfolge, auch hier folgt Krüger Marx, in der Krise. Für dieses Argument spricht die Intensität der Krisen seit der Abschaffung des Goldstandards: der Suchprozess nach dem richtigen Wertmaß bzw. Preismaßstab ist bei Abwesenheit der

Geldware natürlich viel schmerzhafter und schwieriger, als bei ihrer permanenten Präsenz. Was bedeutet das aber in diesem konkreten Fall? Welche Rolle spielt die EZB in genau dieser Hinsicht als Notenbank ohne (nach Krüger) eigene Volkswirtschaft in einem „hybriden Raum“? Welche Vermittlungsprozesse in den gesellschaftlichen Beziehungen sind zu berücksichtigen, wenn man dementsprechend den EURO als Geld analysieren will?¹ Wie ist das Verhältnis von Notenbank (EZB) und Staat(en) zu fassen? Was ist in diesem Zusammenhang ein kriterienrelevantes „europäisches Interesse“?²

Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems bedeutet mit dem Ende des Goldstandards auch mit Notwendigkeit eine neue Qualität staatlicher Intervention. Das Zusammenwirken von Staat und Zentralbank ist dabei als eine zentrale Frage der Sicherung der Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft (genauer der Ausdehnung der Akkumulation) und der Funktionsfähigkeit der durch den Staat bereitgestellten „allgemeinen Reproduktionsbedingungen“ oder „öffentlichen Güter“ geworden. Auch hier bestätigt sich, dass von einer Deregulierung, von weniger Staat unter diesen Bedingungen gar keine Rede sein kann – lediglich die Richtung der staatlichen Intervention verändert sich. Trachtenberg betonte in diesem Sinne schon in den fünfziger Jahren drei wesentliche Anforderungen, die die kapitalistische Produktionsweise an das Geldwesen stellen muss: „Einheitlichkeit des Geldwesens, relative Wertbeständigkeit der Geldeinheit und Elastizität des Geldumlaufs.“ (Trachtenberg, 1956, p. 34) Dabei überwiegt in der Tendenz das Interesse an der Elastizität des Geldumlaufs. Sie ist aus der Sicht des Einzelkapitals entscheidend für die Positionierung in der Konkurrenz. Hier laufen die entscheidenden Auseinandersetzungen um die Verwertungsfähigkeit des eingesetzten Kapitals ab. Nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods eskalierten die damit verbundenen Widersprüche erstmals in der kurzen, aber heftigen Krise von 1987 („Schwarzer Montag“ am 19.10.1987). Hier treffen erstmals Erscheinungen aufeinander, die wir in den Krisen von 2007 bis heute immer wieder beobachten: umfangreiche politische Interventionen in den Geldumlauf im Interesse der Aufrechterhaltung der Akkumulations- und Konkurrenzfähigkeit der jeweils nationalen Wirtschaft unter Bedingungen harter globaler Konkurrenz und der Anforderungen der Finanzierung der Staatshaushalte, große institutionelle Anleger, computergestützt automatisierter Börsenhandel, Privatisierungsprozesse, „Finanzinnovationen“... (Rohde & Hummel, 1988) Damit findet ein Prozess einen Abschluss, der schon nach dem Ersten Weltkrieg einsetzt: Die immer engere Verbindung von Kreditsystem/Geld und Staatshaushalt. (Trachtenberg, 1956, p. 48) Trachtenberg hebt bereits Anfang der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts dabei als wichtiges vermittelndes Element die über Staatsverschuldung vorangetriebene Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hervor.³ Diese unproduktive Verwendung der Bankgelder löst den Bankkredit vom Kreislauf des „wirklichen Kapitals“, der damit selbst in eine Krise gerät. Die Aktiva der Banken werden, so setzt er fort, immer mehr genutzt, um die

¹ Lapatsioras und Milios unternehmen den Versuch, den Prozess der „Symbolisierung“ des Geldes bei Marx selbst nachzuzeichnen. Diese Frage ist vor allem hinsichtlich der Bewertung der Rolle des Staates im Geldsystem und letztlich auch bei der Diskussion des Charakters der Geldware von Bedeutung. (Lapatsioras & Milios, 2011)

² Pernice et al. fordern bezüglich der Überwindung der EU-Krise: „Eine vom Demokratieprinzip geforderte Lösung muss daher die Repräsentation der europäischen Interessen im Rahmen der nationalen fiskalpolitischen Entscheidungsprozesse gewährleisten und institutionalisieren. Zentral hierfür ist, jeden Haushaltsposten dezidiert unter dem Gesichtspunkt der europäischen Implikationen zu betrachten...“ (Pernice et al., 2012, p. 45)

³ Verkoppelt mit diesem Geldregime ist die Genesis der Finanzoligarchie, insbesondere im und nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute. Dellheim fasst die neue Qualität dieser Schicht unter dem Begriff der „Kapitaloligarchie“. (vgl. Brangsch, Dellheim, Spangenberg, & Wolf, 2012, p. 69ff.)

Bewegung fiktiven Kapitals zu vermitteln und den Staatshaushalt zu stützen. (Trachtenberg, 1956, pp. 134-135) Gleichzeitig wird der Staatskredit zur Stütze des Bankkredites. (Trachtenberg, 1956, pp. 188-189) Und dies wohlgermerkt unter Bedingungen der durch Bretton Woods geschaffenen, aus heutiger Sicht stabil erscheinenden Rahmens! Weiter ist insbesondere mit Blick auf die Alternativen zum EURO hier Folgendes festzuhalten: Soweit Geld Ausdruck von Anforderungen der Warenzirkulation und der Reproduktion des Kapitalverhältnisses überhaupt ist, müssen die Bedingungen der Warenzirkulation und der Kapitalreproduktion als Bedingungen und Prägungen der Entfaltung der Geldform selbst verstanden werden. Insofern war auch das System von Bretton Woods Ausdruck einer bestimmten Qualität der internationalen Arbeitsteilung und der mit ihr verbundenen kolonialen bzw. neokolonialen Ausbeutung. Kolonialismus, Neokolonialismus und Militarismus bildeten die Grundlagen dieser Finanzordnung. Die Veränderung dieser Grundlage muss neben den weiteren krisenhaften Prozessen der siebziger als ein Ausgangspunkt der Entfaltung der Widersprüche auch im Geldsystem verstanden werden, die dann versucht wurden, durch das EWS und den EURO zu lösen.

Weiter erfolgt die Bindung an die Geldware nun über immer mehr Zwischenstufen, so dass es den Anschein hat, als ob wir zur Papiergeldzirkulation mit Zwangskurs zurückkehren würden. Die erfolgreichen politischen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung von Sozialstaatlichkeit, die wachsenden Anforderungen an gesellschaftliche Interventionen im Zuge der technologischen und sozioökologischen Entwicklung und weitere Faktoren erweitern seit den fünfziger Jahren die Anforderungen an die Staatsfinanzen. Das Geld hat keine stabile Beziehung mehr zu den Warenbewegungen, sondern wird in zunehmendem Maße von der Entwicklung der im Staatshaushalt repräsentierten „allgemeinen Reproduktionsbedingungen“ und Machtverhältnissen bestimmt. Die Zinspolitik bzw. die hinter dieser stehenden haushaltspolitischen Interessen wurden daher 1987 zu einem der krisenauslösenden Faktoren. (Rohde & Hummel, 1988, p. 109) Dies führt in den Widerspruch zwischen den durch den Staat repräsentierten Anforderungen der Sicherung der allgemeinen Reproduktionserfordernisse und der Reproduktion der individuell angeeigneten Kapitale, soweit diese an Warenbewegungen gebunden sind. Genauer: Die Ware Kapital als fiktives Kapital bestimmt in wachsendem Maße die Geldbewegung. Die damaligen Versuche der Regulierung der sich anbahnenden Krise durch Vereinbarungen zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik Mitte der achtziger Jahre scheiterten. (Rohde & Hummel, 1988, p. 120)

Diese Veränderungen verleiten dazu, das Geld nur noch als technisches Instrument zu verstehen, mit dem die Zentralbanken und die großen Finanzunternehmen tun können, was sie wollen. In dieser Hinsicht sind Krügers Untersuchungen des Geldumlaufes weiterführend. Für die binnenwirtschaftliche Geldzirkulation konstatiert er auch für die Gegenwart einen engen Zusammenhang von Geldmenge, den Zirkulationserfordernissen von Waren bzw. des Warenmarktes (bei Krüger Transaktionskasse) und den Zirkulationserfordernissen fiktiven Kapitals bzw. des Finanzmarktes (bei Krüger Spekulationskasse). (Krüger, 2012, pp. 108-117) Als Momente der Kapitalakkumulation stehen beide in einem engen Verhältnis unter einander wie auch zu der Geldmenge bzw. zum Geld. Das entstandene Mischsystem von Papier- und Kreditgeld im Charakter der heutigen Geldform repräsentiert die von Trachtenberg konstatierten Widersprüche wie auch die seit dem gefundenen Lösungen. Der Staat und der Staatshaushalt sind damit zu wesentlichen Eckpunkten aller Facetten der Geldpolitik geworden. Krüger betont, dass mit den Mischsystemen auch die Steuerungsmöglichkeit und -notwendigkeit wächst. (Krüger, 2012, p. 126ff.) Diese Mischsysteme sind Ausdruck einer neuen Stufe der Entfaltung der Reproduktion des

Kapitalverhältnisses und dabei dieses bereits überschreitend. Der Staatseingriff ist Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Reproduktion in dieser Hinsicht eine Reproduktionsnotwendigkeit und selbst historisches Produkt. Die Ablösung der metallischen und der Zirkulation konvertibler Banknoten erfolgte aus Bedürfnissen der Warenproduktion, Warenzirkulation und der Akkumulation heraus. Die fortschreitende Idealisierung des Goldes als Geldware fand durch die Konvertibilität immer wieder ein Korrektiv. Die Bewegung des Geldes war und ist zudem eng mit seiner Funktion als Weltgeld verbunden. Die Spielräume zur Geldpolitik sind nach Marx und Krüger so nur begrenzt. Eine Geldkrise ist nur bedingt durch Zinspolitik zu beeinflussen. Die weitere Lösung des Geldes von der Geldware durch die Auflösung des Bretton-Woods-Systems (auch als Ausdruck der wachsenden Anforderungen an die Staatsfinanzierung) verändert die Situation nochmals

Da nun das Geld seine Basis in der Warenwelt weitgehend verloren hat, kann die Stabilität der Geldeinheit (erscheinend in der Kaufkraft der Geldeinheit) nicht mehr quasi automatisch, aus der Warenzirkulation heraus gesichert werden. Damit ergeben sich nicht nur neue Möglichkeiten, sondern vor allem neue Notwendigkeiten der politischen Intervention und der Regulierung. (Krüger, 2012, p. 135) . Der Zugriff auf die Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Staatsfinanzen und auf die Bankenstrategien wird damit zu einem noch wichtigeren Faktor in der Konkurrenz als je zuvor.

Das führt zu einem ganzen Bündel neuer Widersprüche: Diese Regulierung ist nötig, aber bedeutet aus der Sicht der Einzelkapitale eine Beschränkung der Akkumulationsmöglichkeiten. Die aus der Reproduktion sich ergebenden Begrenzungen der Geldmenge kollidieren mit der Bewegungsweise des Kapitalverhältnisses, wie sie in der Konkurrenz erscheinen. Überakkumulation als dynamisches Moment findet eine Grenze am Geld, und diese Grenze hinauszuschieben ist das Interesse des Einzelkapitals, das mit dem gesellschaftlichen Interesse an der Stabilität des Geldsystems kollidiert.

Ein Zurück zur Konvertibilität welcher Art auch immer würde den Reproduktionsprozess in seiner Gesamtheit tatsächlich extrem verändern und einschränken. Eine (scheinbare) Entpolitisierung/Entstaatlichung durch Freigeld (Gesell, Creutz, Kennedy u.a.)⁴, Geld, das nur noch im Bankensystem ohne signifikante Staatsintervention geschaffen wird (so etwa Friedman), die Fixierung auf Lokalwährungen⁵ oder Modelle wie Bitcoin würde die Verbindung des Geldes mit der Gestaltung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen auflösen und so die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität des Gesamtsystems gesellschaftlicher Reproduktion (und dies unabhängig von ihrer kapitalistischen Form) in Frage stellen. Dahinter steht letztlich, dass hier Grenzen der Produktion und Zirkulation von Gütern bzw. Leistungen als Waren offensichtlich werden, ist doch dieses Geldsystem eben Resultat der Bewegung der kapitalistischen Warenproduktion – und sei es die Ware Kapital. An diesem Punkt, also an den unterschiedlichen Antworten auf die Frage nach der historischen Begrenztheit der kapitalistischen Warenproduktion und damit auch des Privateigentums an den Produktionsmitteln liegt letztlich auch die theoretische und politische Brisanz der Positionierungen zum Geld. Fasst man Geld selbst als ein sich mit den politischen und Eigentumsverhältnissen gemeinsam entwickelndes gesellschaftliches Verhältnisses oder stellt man es

⁴ Derartige Konzepte sind mit bestimmten Vorstellungen vom Gesamtproduktionsprozess verbunden. Zur Auseinandersetzung vgl. etwa (Rakowitz, 2003) oder (Bierl, 2012), letzterer vor allem in der politisch-ideologischen Dimension.

⁵ Vgl. zur Übersicht für Deutschland (Sademach, 2012)

neben diese Entwicklung – das ist ein wichtiger Scheidepunkt in den Auseinandersetzungen.⁶ Damit verbindet sich das „Geldproblem“ mit der ganzen Breite gesellschaftspolitischer Fragen.

Die Bindung des Geldes an die Haushaltspolitik bzw. den Staatskredit ist kein willkürlicher Akt sondern als historisches Ergebnis Ausdruck einer veränderten Gesellschaftlichkeit. (Krüger, 2012, pp. 133-136) Sie bringt zum Ausdruck, dass die in der Produktion von Waren manifeste Isolierung der Produzenten voneinander nur noch eine Form ist, die ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge verdeckt und deformiert. Der globale Zusammenhang, der bereits durch die Geldware/das Weltgeld Gold hergestellt wurde, wird durch das Kreditgeldmoment der Repräsentativwährungen allgegenwärtig. Der Staat fungiert hier als Repräsentant eines, wenn auch in sich natürlich widersprüchlichen gesellschaftlichen Interesses. Die Bewertung der Rolle des Staates in der Dialektik von Ökonomie und Politik ist ein Streitpunkt, der mehrere Dimensionen hat – etwa des Verhältnisses zwischen der Marxschen und der anarchistischen, den keynesianischen, ordoliberalen und neoliberalen Richtungen. Diese ziehen wiederum unterschiedliche wirtschaftspolitische Konsequenzen nach sich.

Anknüpfend an Marx kommt Krüger zu der Konsequenz, dass eine Weiterentwicklung des Geldsystems nur „nach vorne“ sinnvoll ist. Er verweist auf das Modell einer Zentralbank als internationaler Clearing-Stelle mit Geldschöpfungsfunktion als Element einer neuen internationalen Wirtschaftsverfassung unter Verknüpfung verschiedener Politikbereiche. (Krüger, 2012, p. 135) Zu Recht betont er dabei als Voraussetzung eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse.

Was aber tun, wenn dieser Wandel momentan nicht zu haben ist? Das ist die Frage, die durch die Krise des Euro-Raumes aufgeworfen wird.

Dabei ist es keinesfalls erstaunlich, dass die EU eigentlich über alle Instrumente verfügt, um eine Koordinierung der verschiedenen Politikbereiche zu verwirklichen. Dies hängt unmittelbar mit der politischen Intention der westeuropäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen.

(2012/2013)

⁶ „Der Kapitalismus beruht nicht auf den Eigentumsformen, sondern die überlieferten kapitalistischen Verformungen beim Eigentum beruhen vielmehr selbst auf charakteristischen Ungleichheiten im monetären Kommunikationssystem der Wirtschaft.“ (Suhr & Trautmann, 1988, p. 80)

- Bierl, Peter. (2012). *Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn: Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell*. Hamburg: KVV konkret.
- Brangsch, Lutz, Dellheim, Judith, Spangenberg, Joachim H., & Wolf, Frieder Otto. (2012). *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation* (Vol. Bd. 99). Berlin: Karl Dietz Verlag.
- BVMW. (2012). *Die Parallelwährung - Optionen, Chancen, Risiken*. Berlin: BVMW.
- Duncan, Richard. (2013). Eine neue Weltwirtschaftskrise? *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, 22(April/Mai 2013), 58-89.
- Goland, Jurij M. (2006). *Diskussii ob ékonomičeskoj politike v gody denežnoj reformy 1921-1924*. Moskva: Ekonomika.
- Graeber, David. (2012). *Schulden. Die ersten 5000 Jahre*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Krüger, Stephan. (2010). *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen*. Hamburg: VSA: Verlag.
- Krüger, Stephan. (2012). *Politische Ökonomie des Geldes. Gold, Währung, Zentralbankpolitik und Preise*. Hamburg: VSA: Verlag.
- Lapatsioras, Spyros, & Milios, Jannis. (2011). Zum Geldbegriff von den Grundrissen zum Kapital - Verschiebungen. In C.-E. Vollgraf, R. Sperl & R. Hecker (Eds.), *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2010. Das Kapital und Vorarbeiten. Entwürfe und Exzerpte* (pp. 43-57). Hamburg: Argument Verlag.
- Pernice, Ingolf, Wendel, Matthias, Otto, Lars S., Bettge, Kristin, Mlynarski, Martin, & Schwarz, Michael. (2012). *Die Krise demokratisch überwinden. Reformansätze für eine demokratisch fundierte Wirtschafts- und Finanzverfassung Europas*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Rakowitz, Nadja. (2003). *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*. Freiburg.
- Rohde, Erwin, & Hummel, Detlev. (1988). *Schwarzer Montag. Börsenkrach '87*. Berlin: Verlag Die Wirtschaft.
- Sademach, Marit. (2012). *Regionalwährungen in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Schließer, Waldfried, & Zufelde, Ursula. (1985). Zu den Funktionen des Geldes in der sozialistischen Planwirtschaft. *Wirtschaftswissenschaft*, 33(5), 692-712.
- Suhr, Dieter, & Trautmann, Armin. (1988). *Gleiche Freiheit : Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft* (1. Aufl ed.). Augsburg: Mette.
- Trachtenberg, I.A. (1956). *Geld- und Kreditwesen im Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg*. Berlin: Verlag Die Wirtschaft.